

Otto Lüdemann

## **Gemeinwohlökonomie (GWÖ) und Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)**

Gemeinsam stark gegen neoliberales Hegemoniestreben  
und für ein nachhaltiges und soziales Europa

Inwieweit würden sich Gemeinwohlökonomie (GWÖ) und Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) bei Reformen von Ökonomie und Sozialstaat ergänzen? Grundlage dafür wären unter anderem: Die Konkretisierung eines gemeinsamen Werterahmens, gestützt auf das GWÖ-Prinzip „Gemeinwohloptimierung statt Profitmaximierung“ und die mit dem BGE verknüpfte Grundforderung nach individueller Selbstbestimmung; eine zukunftstaugliche Besteuerung durch Ökosteuern als Voraussetzung zur Finanzierung eines BGE ebenso wie als Anreizsystem für die GWÖ; internationale Kooperation dank einer europaweiten Präsenz von regionalen und lokalen Initiativen. Fazit: Das Ziel einer sozialökologischen Transformation wird von GWÖ und BGE auf unterschiedlichen Wegen verfolgt und doch haben beide das Potenzial, sich gegenseitig zu stärken.

Nicht erst der teils kontroverse, aber auch sehr konstruktive Gedankenaustausch zwischen Christian Felber als Initiator der GWÖ-Bewegung und dem Philosophen Richard David Precht als entschiedenem BGE-Befürworter – vor etwa 4000 Besuchern am 17. August 2017 in Dresden – war Anlass für diesen Beitrag. Schon vorher positionierte sich der Autor auf dem Internationalen Kongress „UBI (Universal Basic Income) and Degrowth“ 2016 in Hamburg gemeinsam mit weiteren Vertretern beider Bewegungen zu der Thematik.

Unsere Ausgangsfrage lautete damals: Sind Gemeinwohlökonomie und Bedingungsloses Grundeinkommen dazu bestimmt, einmal ein „Traumpaar“ zu werden? Auf dem Hamburger Kongress stellten wir uns zu viert diese Frage: Bernd Fittkau und Gerd Laueremann von der Gemeinwohlökonomie (Regionalgruppe Hamburg) sowie Ulrich Schachtschneider und ich für die Grundeinkommensbewegung (Europäisches und Hamburger Netzwerk Grundeinkommen).

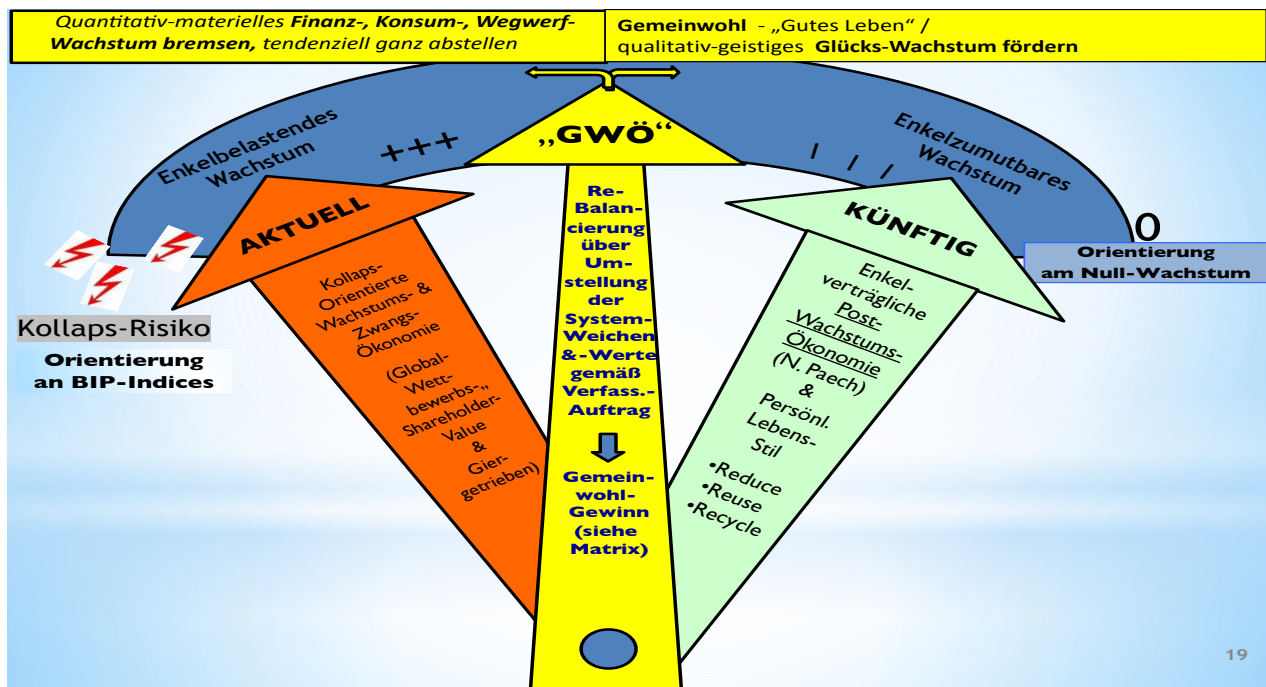
Wir waren nämlich überzeugt, dass das Engagement gegen Wachstumswahn und für nachhaltige Entwicklung sowie das für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zusammengehören. Im vorliegenden Beitrag soll unsere These nun erneut zur Diskussion stehen. Als wesentliche, dafürsprechende Argumente fanden wir schon damals eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Potenzialen für eine gegenseitige Unterstützung, dies gleichermaßen in theoretischen Grundlagen sowie bei praktischen Umsetzungsversuchen beider Bewegungen. Um nur die wichtigsten zu nennen:

- Bemühung um Konkretisierung des gemeinsamen Werterahmens von BGE und GWÖ, der sich nicht nur in der Ablehnung eines rein ökonomischen Denkens ausdrückt, sondern gleichermaßen an den weltweit anerkannten Kriterien für ein BGE ablesbar ist sowie auch an der GWÖ-Unternehmenskultur und der bei der Zertifizierung der Unternehmen genutzten Matrix,
- Gewährleistung von sozialer Sicherheit dank BGE als Grundlage für ein selbstbestimmteres Leben, beispielsweise auch im Sinne der Entscheidung für einen Arbeitsplatz in einem GWÖ-Unternehmen,
- Vorschläge für eine zukunftstaugliche Besteuerung durch Ökosteuern als Voraussetzung zur Finanzierung eines BGE ebenso wie als Anreizsystem für die GWÖ,
- gute Chancen für eine internationale Kooperation dank einer europaweiten Präsenz von regionalen und lokalen Initiativen beider Bewegungen.

Daneben gab es auch einzelne kritische Rückfragen und Bedenken: So erfuhren wir beispielsweise, dass manche GWÖ-Unterstützer sich die bange Frage stellten, ob die für die Finanzierung eines BGE erforderlichen Mittel nicht so viele Ressourcen verschlingen würden, dass danach für dringend benötigte Investitionen in Bildung und Infrastruktur kein Geld mehr übrig wäre. Auch war da die Frage nach dem gewiss nicht ganz zu leugnenden Risiko, dass ohne geeignete flankierende Maßnahmen viele Menschen mit ihrem BGE einem umso hemmungsloseren Konsumismus frönen würden. Umgekehrt mögen sich auch manche BGE-Befürworter gefragt haben, ob sich hinter gut klingenden Zielen wie Nachhaltigkeit und Gemeinwohl nicht vielleicht doch insgeheim die Absicht verberge, im Grunde weiterhin am Vorrang des Gewinnstrebens festzuhalten.

Unser auf wechselseitigem Vertrauen basierender GWÖ-BGE-Dialog war freilich im Gegenteil von der festen Überzeugung getragen, dass es beiden Seiten vor allem um die Konkretisierung und Umsetzung des gemeinsamen Werterahmens ging. Als herausragendes, beiden Bewegungen gemeinsames Ziel fanden wir dabei die „Entlastung von Fremdbestimmung“. In der Gemeinwohlökonomie ist dies daran erkennbar, dass ganze GWÖ-Unternehmensbelegschaften, inzwischen also Hunderte, wenn nicht Tausende von engagierten Menschen von der Basis her Nachhaltigkeit, soziales Engagement und Gemeinwohlorientierung explizit zu übergeordneten Zielen ihres Wirtschaftens erklären.

Sie stützen sich dabei auf eine Gemeinwohlbilanz, die ihre selbst gesetzten Werte und Ziele transparent und nachvollziehbar dokumentiert und die gleichgewichtig neben der rein finanziellen Bilanz der Unternehmen steht. Auf dieser Grundlage tritt an die Stelle der bisher von den meisten Unternehmensleitungen mittels Wachstumszwang und Konkurrenzdruck angestrebten Gewinnmaximierung als vorrangigem Ziel die Gemeinwohloptimierung. Konkret folgt daraus eine völlig neue Steuerung der Werte und Geldströme in der Ökonomie mit dem Ziel, die Wirtschaft an Stelle des Primats der Kapital-Akkumulation wieder in den Dienst der Menschen zu stellen. Die Herausforderung für die GWÖ besteht dabei darin, die Balance zwischen dem Anschluss an die aktuelle ökonomische Realität und der Annahme neuer sozialökologischer Herausforderungen zu halten.



Bernd Fittkau: Grundprinzipien der Gemeinwohlökonomie

Die vorstehende, von Bernd Fittkau<sup>1</sup> entworfene Grafik macht dies auf anschauliche Weise deutlich. Das Grundeinkommen sorgt seinerseits ebenfalls für Entlastung von Fremdbestimmung, insofern es die Menschen von der Last der Existenzsicherung befreit und ihnen so die Freiheit gewährt, ihr individuelles Leben selbstbestimmt und verantwortlich zu gestalten. Garant dafür sind die inzwischen weltweit anerkannten Kriterien, also insbesondere die Maßgabe, dass ein BGE sich auf einen für alle Menschen geltenden individuellen Rechtsanspruch stützt, dass es bedingungslos, ohne Kontrolle noch Zwang zu einer Gegenleistung zu gewähren ist und dass es von seiner Höhe her angemessene gesellschaftliche und politische Teilhabe ermöglichen soll. Statt wie bisher gezwungen zu sein, das eigene Leben unter dem Diktat der Existenzsicherung führen zu müssen, sorgt so auch das BGE im Leben der einzelnen Bürgerinnen und Bürger dafür, leichter eine Balance zwischen persönlichen Erwartungen und gesellschaftlichen Ansprüchen, beziehungsweise Notwendigkeiten zu finden. Vor diesem Hintergrund liegt die Frage nah: Wie stellt sich die von uns als wünschenswert angesehene Synergie von GWÖ und BGE heute dar? Auf den ersten Blick haben sich beide Bewegungen bisher nicht erkennbar aufeinander zu bewegt, sie sind jedenfalls keine offizielle Allianz eingegangen. Beide scheinen vielmehr erst einmal, und zwar durchaus erfolgreich, ihren je eigenen Weg weitergegangen zu sein.

Die GWÖ hat ihre Methodik optimiert, ist in bemerkenswertem Ausmaß weiter expandiert und hat sich inzwischen internationale Strukturen gegeben. Die Anzahl der die GWÖ unterstützenden Unternehmen ist weltweit auf über 2300, die der offiziell als GWÖ-Unternehmen zertifizierten auf rund 500 angewachsen. Auch größere Unternehmen wie die Sparda-Bank und Greenpeace erstellen ihre GWÖ-Bilanz.

Das Südtiroler Regionalparlament stützt sich in seinen Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge auf GWÖ-Kriterien, Berücksichtigung fand die GWÖ auch in der Koalitionsvereinbarung der aktuellen baden-württembergischen Landesregierung. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments hat sich mit großer Mehrheit für eine Förderung der GWÖ ausgesprochen, der „Club of Rome“, Vorreiter der internationalen Nachhaltigkeitsbewegung seit den siebziger Jahren und sogar die Europäische Kommission sehen GWÖ-Kriterien als relevante Grundlage für eine nichtfinanzielle Bilanzierung von Großunternehmen an. Universitäten organisieren Forschungsprojekte zu dieser Thematik.

Das BGE seinerseits ist zunehmend in den offiziellen wie auch in den sozialen Medien präsent, in verschiedenen Ländern - europa- und weltweit – fanden und finden Feldversuche zu spezifischen relevanten Aspekten eines Grundeinkommens statt, so etwa in Finnland und in mehreren Städten in den Niederlanden, zur Frage des Einflusses eines BGE auf die Erwerbsarbeits-Motivation. Soweit bereits überschaubar, durchaus mit dem Ergebnis, dass die Bedingungslosigkeit einer Transferleistung keineswegs die Arbeitsmotivation der Menschen zu schwächen scheint. Filme zu dem Thema füllen Kinosäle, so insbesondere der in Deutschland am 1. Februar 2018 bundesweit gestartete Film „Free Lunch Society – Komm, Komm Grundeinkommen“ von Christian Tod. Immer mehr prominente Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Bereichen und sogar Konzernchefs sprechen sich fürs BGE aus, auch wenn die Motive der Letzteren sicher kritisch zu hinterfragen sind. Sogar Gewerkschaften und politische Parteien kommen an dem Thema nicht mehr vorbei.

Deutlich geändert hat sich andererseits parallel dazu die allgemeine Grundstimmung im Land und weltweit, und zwar hin zu einer gefühlt verschärften Bedrohungslage angesichts einer zunehmend ungewissen und Angst machenden Zukunft. Gründe hierfür sind einerseits drohende Arbeitsplatzverluste für viele Menschen aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung, insbesondere im Bereich der Digitalisierung der Industrieproduktion und bei Dienstleistungen, aber auch darüber hinaus. Hinzu kommen die in den Medien allgegenwärtigen Themen Migration und Terrorismus mit den Folgeerscheinungen des Anwachsens von Nationalismus und Populismus. Letztere bedrohen ihrerseits das Projekt der europäischen Integration. Der Ukraine-Krieg und die aktuell noch andauernde, wenn auch eher auslaufende Corona-Krise sorgen für weitere Verstärkung dieser Negativ-Tendenzen. Derzeit ist offen, wie sich eine solche allgemeine Verunsicherung mittel- und langfristig auswirken wird.

Wird sie zu einer weiteren Verschärfung neoliberaler Strategien in Wirtschaft und Politik führen, was multinationalen Konzernen und Finanzmärkten erlauben würde, den Druck auf die Unternehmen weiter zu erhöhen? Werden diese fortfahren, an der Effizienzsteigerung und Erhöhung ihrer Marktmacht zu arbeiten, statt sich den dringlichen Aufgaben des Umwelt- und Klimaschutzes zu widmen? Oder wird es gelingen, dafür zu sorgen, dass sich mehrheitlich doch eher eine nachhaltige und sozial gerechtere Politik durchsetzt? Damit ist genau die Alternative benannt, die sich heute für die BGE- und die GWÖ-Bewegung gleichermaßen stellt. Für die GWÖ unterstreicht dies ein bemerkenswerter, bereits 2018 erschienener Beitrag von Günter Grzega mit dem Titel: „Die Gemeinwohl-Ökonomie – eine Alternative zum Neoliberalismus“.<sup>ii</sup>

Bemerkenswert ist der Beitrag insbesondere deshalb, weil der Autor den Neoliberalismus nicht lediglich als eine problematische Wirtschaftstheorie einstuft, sondern ihn als eine umfassende globale Ideologie beschreibt. Günter Grzega bezieht sich dabei auf die US-Politologin Wendy Brown, die in ihrem Buch „Die schleichende Revolution – Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört“, klipp und klar zeigt, „dass der Neoliberalismus eine Ideologie der Neuordnung des gesamten Denkens ist, die inzwischen alle Bereiche des Lebens sowie den Menschen selbst einem ökonomischen Bild entsprechend verändert – mit fatalen Folgen für die Demokratie. Alle Sphären der Existenz werden einer finanziellen Verwertung unterworfen und dieser entsprechend vermessen. Also die Politik, das Recht, die Kultur, die Bildung, die Familie, die Gesundheit, die Geschlechterrollen.

Darüber hinaus werden weltweit und auch in Deutschland massive Versuche unternommen, die in jahrzehntelangen Arbeitskämpfen im letzten Jahrhundert mühsam errungenen und grundsätzlich immer noch relativ schwach ausgeprägten demokratischen Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten wieder rückgängig zu machen und Gewerkschaften massiv zu schwächen.<sup>iii</sup>

Günter Grzega stellt die Frage nach einer überzeugenden Alternative zu dieser bedrohlichen Entwicklung. Er findet die Antwort im Konzept der Gemeinwohlökonomie: Die Aussage „Soziale Sicherungssysteme schützen vor Absturz und Ausgrenzung“ gehört dabei für ihn zwar zu den Grundsätzen der GWÖ, leider geht er aber nicht näher auf die konkrete Ausgestaltung eines solchen Sicherungssystems ein<sup>iv</sup>. Das stellt sich bei Richard David Precht in seinem Buch „Jäger, Hirten, Kritiker – Eine Utopie für die digitale Gesellschaft“<sup>v</sup> anders dar. Insgesamt vertritt Precht darin eine ähnliche Position wie Grzega, setzt sich aber entschlossen für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Zunächst zeichnet er das Bild von zwei überaus abschreckenden Zukunftsszenarien, die er auch „Dystopien“ nennt:

- einerseits das einer Selbstoptimierung des Menschen mit den Mitteln von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz, wie sie bekanntlich Forscher im Auftrag von mächtigen Konzernen im Silicon Valley entwickeln,
- andererseits die nicht weniger erschreckende Vorstellung von massiver totalitärer und technokratischer Kontrolle, wie sie heute schon in bestimmten Projekten und Experimentierfeldern in China erprobt wird.

In klarer Abgrenzung zu beiden entwickelt Precht dann seine konkrete „humane“ Utopie. Die stützt sich unverkennbar auf die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens. Manche Sätze darin könnten aber auch dem Leitbild eines GWÖ-Unternehmens entnommen sein:

„Eine humane Utopie befreit den Menschen aus der Definition, ein ‚Homo mercatorius‘, ein Händler sein zu müssen, der seine Arbeitsleistung gegen Geld tauscht. Vielmehr erkennt sie Arbeit als das Bedürfnis sehr vieler Menschen, etwas zu tun, das ihr Leben erfüllt und Sinn stiftet. Deshalb trennt sie den Begriff der Arbeit als freie Tätigkeit vom Begriff der Lohn- und Erwerbsarbeit.

Seit der Antike, und verstärkt seit der ersten und zweiten Industriellen Revolution, träumen Dichter und Denker den Traum, den Menschen von der Notwendigkeit zu befreien, unter Zwang arbeiten zu müssen. Der technische Fortschritt könnte diesen Traum im 21. Jahrhundert Realität werden lassen, weil intelligente Maschinen mehr und mehr Arbeit übernehmen. Der Mensch als freier Gestalter seines Lebens – diese Vision steht im Zentrum der humanen digitalen Utopie.“<sup>vi</sup>

In krassem Widerspruch zu einer solchen, eher optimistischen Perspektive steht freilich die reale materielle Notlage immer breiterer Bevölkerungsschichten. Bis weit in den Mittelstand hinein sind inzwischen Millionen Menschen abhängig von Zuwendungen des Sozialstaates, der sich seinerseits zunehmend überfordert zeigt. In dieser Situation entwickeln globale Konzernlenker und Finanzjongleure neoliberale Übernahme- und Vereinnahmungsstrategien wie den kompletten - oder zumindest partiellen - Ersatz des Bargeldes durch die flächendeckende Einführung von digitalen Währungen. Das würde ihnen erheblich erweiterte, zentrale Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten verschaffen. Auch fortschrittliche Errungenschaften und Potenziale der GWÖ in den Bereichen Unternehmensdemokratie und Selbstbestimmung von Unternehmensbelegschaften könnten so wieder zunichte gemacht werden. Auch sie könnten sich vermutlich kaum solchen Steuerungseffekten entziehen, da sie weitgehend unternehmensübergreifend wirken.

Ein analoges Problem haben die Befürworter eines emanzipatorischen BGE, das auf gesellschaftliche Teilhabe und umfassende, individuelle Selbstbestimmung setzt. Statt eines solchen BGE wollen genau jene selben, globalen Akteure nämlich lediglich eine minimalistische Grundsicherung einführen, eine Art "Stillhalte-Prämie", die in digitaler Währung ausgezahlt würde. Sie würde kaum mehr als das Existenzminimum breiter Käuferschichten absichern. Über deren physisches Existenzminimum hinaus würde sie vor allem für die Befriedigung von deren durch Werbung künstlich geschaffenen Bedürfnissen sorgen. Das Konsumverhalten der Menschen - so die idealtypische Zielvorstellung und das dahinterstehende Geschäftsmodell der Konzerne - wäre weitgehend vorhersehbar und programmierbar. Noch existiert eine solche "dystopische" Vision nur auf dem Papier, wird aber immerhin als wahrscheinlich, wenn nicht unvermeidlich – prognostiziert, und zwar in dem Buch „COVID 19 - THE GREAT RESET“, (angestoßen und herausgegeben von keinem Geringeren als Klaus Schwab, Initiator und Moderator des „World Economic Forum“ von Davos).

Könnte also vielleicht ein BGE Abhilfe schaffen, das noch rechtzeitig vor Umsetzung solcher Schreckensszenarien eingeführt würde? - Als 1.Schritt in diese Richtung nötigenfalls auch eine "Eurodividende", etwa im Sinne des belgischen Ökonomen Philippe van Parijs ?

Wie stellt sich vor diesem Hintergrund nun das Verhältnis von GWÖ und BGE heute dar? Vor einigen Jahren, als wir zum ersten Mal die These von einem möglichen „Traumpaar GWÖ und BGE“ formulierten, mochte eine solche Idee noch vielen als weit hergeholt erscheinen. Heute, angesichts zu erwartender riesiger Produktivitätsgewinne bei gleichzeitig drohender massiver Arbeitsplatzvernichtung aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung, drängt sich die Idee einer Allianz von GWÖ und BGE geradezu auf, geht es doch darum, alle Kräfte zu bündeln, um den anstehenden Herausforderungen und Risiken gerecht zu werden. Warum also nicht das Konzept der Gemeinwohlökonomie mit der Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens zu einem gemeinsamen politischen Zukunftskonzept kombinieren! Es würde in der Tat eine überzeugende, gleichermaßen ökonomische wie ökologische Vision mit einer angemessenen sozialen Absicherung der Menschen verbinden und zusätzlich ihre gesellschaftliche, ökonomische und politische Teilhabe garantieren.



Abb. 2: Gemeinwohl-Ökonomie mit dem Netz eines BGE

Um sich ein solches Konzept anschaulich vorzustellen liegt es nahe, an der weiter oben wiedergegebenen schematischen Darstellung der GWÖ als Übergangsökonomie anzuknüpfen, diese jedoch zugleich in einen Rahmen einzubetten, der – einem Sicherheitsnetz vergleichbar – die materielle Absicherung der Menschen durch ein BGE symbolisiert. Genau das versucht die vorstehende Grafik zu illustrieren.

In der Tat wäre der entscheidende, sich aus einem solchen Zukunftskonzept ergebende „Mehrwert“ ein „Kulturimpuls“, der dafür sorgen würde, dass deutlich mehr Menschen als bisher ihrer Entscheidung für eine Erwerbsarbeit qualitative, insbesondere auch sozialökologische Aspekte zugrunde legen würden, würde ein Grundeinkommen ihnen doch die Sorge um die eigene Existenzsicherung abnehmen. Einige würden vielleicht den Schritt in die Selbständigkeit wagen, aber auch GWÖ-Unternehmen würden davon unmittelbar profitieren. Vorteile von vermutlich noch größerer Tragweite, weil auch mit strukturellen Auswirkungen für die Unternehmen verknüpft, könnten sich nämlich aus dem Umstand ergeben, dass sich die gegebenenfalls ebenso notwendige wie naheliegende Finanzierung eines Grundeinkommens über das Steuersystem mit einem Anreizsystem für nachhaltiges Wirtschaften verknüpfen ließe; schließlich basiert das GWÖ-Konzept mit dem Bonus-/Malus-System seiner Gemeinwohlbilanz selbst auf einem solchen Anreizsystem.

Der von Ulrich Schachtschneider vorgestellte Finanzierungsansatz einer ökologischen Euro-Dividende mittels Verwendung der Einnahmen eines reformierten EU-Emissionshandels darf in diesem Sinne als Beispiel für ein durchaus geeignetes Modell gelten.<sup>vii</sup> Ein Anreiz zur Vermeidung von ursächlich durch CO<sub>2</sub>-Emissionen generierten Kosten läge ja auf jeden Fall im Interesse von GWÖ-Unternehmen, da sie dieses Ziel bereits unabhängig von ausdrücklichen Steuervermeidungsstrategien verfolgen:

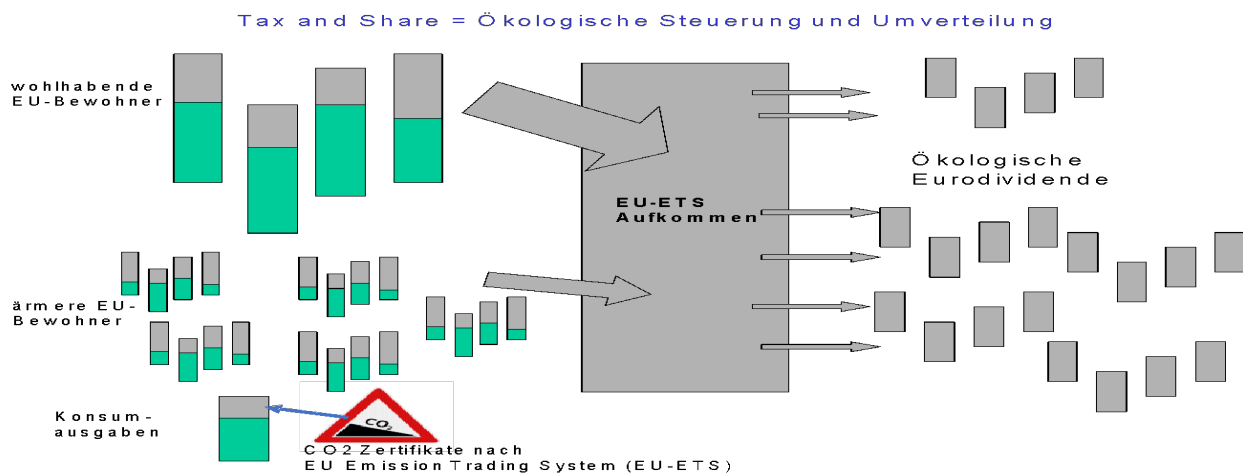


Abb. 3: Ökologische Euro-Dividende durch CO<sub>2</sub>-Handel

Der Charme eines solchen Modells sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Umsetzung in politische Praxis besonders hohe Hürden zu überwinden hätte. Um die EU zu einer entsprechenden Steuerreform zu bewegen, müsste es zunächst einmal den politischen Willen für eine hier nur als realutopische Ideenskizze angedeutete Kombination aus GWÖ, „Grundeinkommen light“ und Europa geben. Könnte also die Chance, solchem politischen Willen in den Nationalstaaten den Weg zu bahnen, paradoxerweise über den Umweg Europa führen? Das von Philippe Van Parijs vorgeschlagene Konzept einer Euro-Dividende, also eines europaweiten „Sockel-Grundeinkommens“, das eine Ergänzung des in jedem Land weiter bestehenden Sozialsystems wäre. Die Nationalstaaten würden so nicht auf einen Schlag ihre komplette sozialstaatliche Kompetenz verlieren.

Gut möglich, dass sie eines Tages sogar eine im Rahmen eines entsprechend erweiterten EU-Haushaltes finanzierte Euro-Dividende begrüßen würden, da diese sie bei der in manchen Ländern inzwischen zur Überforderung werdenden Aufgabe der Finanzierung des Sozialsystems entlasten dürfte. Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse in den Nationalstaaten wäre es freilich trotzdem naiv zu glauben, dass die Umsetzung eines derartigen Projektes einfach umzusetzen wäre.

An Stelle einer umfassenden EU-weiten Umsetzung eines „europäischen BGE“ oder auch „nur“ einer „Eurodividende“ hätte deshalb vielleicht eher ein Pilotprojekt oder ein Modellversuch eine Chance. Diesbezüglich liefert der in Co-Autorschaft mit Dominic Afscharian beigesteuerte Vorschlag eines vergleichenden Pilotprojekts zu einem schrittweise einzuführenden partiellen EU-BGE in mehreren EU-Ländern einen vielversprechenden Ansatz. Siehe dazu in diesem Sammelband der entsprechende Beitrag im Kapitel: O. Lüdemann und D. Afscharian: „Europäische Pilotprojekte“ (S ??...ff)

Der Autor dankt den Kollegen Bernd Fittkau und Ulrich Schachtschneider für ihre überaus konstruktiven, ergänzenden Anregungen und Beiträge zu dem vorliegenden Versuch einer Aktualisierung unseres gemeinsamen Textes aus dem Jahr 2016.

## Literaturnachweise:

---

<sup>i</sup> Anmerkung von Prof. Dr. Bernd Fittkau, Hamburg, Wissenschaftlicher Beirat der GWÖ, zum „Kooperations-Prinzip der GWÖ“: Die soziale Innovations-Motivation der Gemeinwohl-Ökonomie ist – im Unterschied zum herrschenden evolutionär-archaischen Wettbewerbsprinzip – die Kooperation, und zwar mit allen Praktikern, die die Leitideen unserer Verfassung in unserem gesellschaftlichen Leben und Wirken zum Wachsen und Erblühen bringen wollen. Die Freunde vom BGE sind solche „Paarship“-Partner. Weitere enge Partner sind:

- auf Seiten der Zukunfts-Ökonomien die „Donut-Ökonomie“ von Kate Raworth,
  - auf Seiten der zukunftsweisenden Organisations-Entwicklung die Leuchtturmprojekte von Frederic Laloux,
  - „Theorie-U“-Projekte von Otto Scharmer vom MIT
  - und auf der gesellschaftspolitischen Ebene die „Mehr Demokratie“-Bewegung,
- um einige wichtige Partner zu nennen. Mehr findet sich auf der Website der GWÖ <https://www.ecogood.org/de/>, insbesondere unter den Botschafter\*Innen.

<sup>ii</sup> <https://www.ecogood.org/de/metanavigation-top/blog/die-gemeinwohl-okonomie-eine-alternative-zum-neoliberalismus>

<sup>iii</sup> G. Grzega, a.a.O. Absatz 2

<sup>iv</sup> G. Grzega, a.a.O. Absatz 7

<sup>v</sup> R.D. Precht, „Jäger, Hirten, Kritiker, eine Utopie für die digitale Gesellschaft“, Goldmann 2018

<sup>vi</sup> R.D. Precht, a.a.O., S. 124

<sup>vii</sup> Klaus Schwab / Thierry Malleret: „The great reset“ Forum publishing, Davos 2020

<sup>viii</sup> vgl. Ulrich Schachtschneider: „Ecological Eurodividend – Ein Schritt zum Grundeinkommen in Europa“, abgedruckt im vorliegenden Sammelband ab S. ???